

# Die Gewerkschaft

Zeitung zur Verbreitung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
**Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Verleihung und Versand: Berlin W 57  
 Druckerei für die Gewerkschaften für die Gemeinde- und Staatsarbeiter  
 Herausgeber: Paul Böllmer  
 Preis pro Heft 10 Pf.

Staats- und Gemeindebetriebe  
 sollen Flussebetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Freitags. Bezugspreis  
 periodisch durch die Post (zum Belegpreis 2 Mk.)  
 Postleitzahl Nr. 3164

## Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Gemeindebetrieben.

**W**ir haben in Nr. 12/1915 und 20/1916 der Gewerkschaft die von uns in Verbindung mit dem Reichstag erarbeiteten Vorschläge für die Errichtung der Kriegsbeschädigten-Kommissionen der Gemeinde- und Staatsarbeiter vorgelegt.

Die von allen anderen Anträgen sind nicht zweckmäßig gewesen, um sie bei den Stadtratssitzungen einzubringen und vorzuhändeln. Jetzt ist das Recht auf unserer Vorschlägen eingetreten und bringt nach unten in Erwähnung trat. Siehe unten.

Wollt man von allen Seiten verhindert werden, dass „die Gemeinschaft weiter verfehlt“ werde, greifbare Vorschläge sind insofern bestens nur in ganz wenigen Tagen von den Stadtratssitzungen abgelehnt worden.

Man hat hier entweder auf eine rechte und siedte Arbeit individuelle Regelung befürwortet oder die wenigen gemeinsamen Vorschläge sind unter Vorbehalt getroffen und unter Verweisung auf den Deutschen Städte-Verband, der eine allgemeine Regelung vornehmen soll.

Es verbliebt nun daher auch nicht, jetzt schon bekannt zu machen, was bislang aufgetretenen ist. Wir möchten vielleicht hiermit unabdinglich erwähnt darauf hinweisen, dass es nicht an der Zeit ist, die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Gemeindebetrieben nach bestimmten Grundlagen zu regeln.

Gewiss wäre es das Beste, wenn der fürstlich errichtete „Fondsabnahmefür Kriegsbeschädigtenfürsorge“ an Stelle des freien Charakters in einer amtlichen Organisation ausgestaltet würde und damit die Arten der Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung und möglicher Wiedereinstellung aus bisherigen Arbeitsstellen erholzgängig und einwandfrei behandelt würden.

Aber dazin wird es kaum kommen, und selbst wenn es soviel sollte, bleiben noch immer monatelang Einzelfragen einer eindeutigkeit die Verwirrung über Leistungsfähigkeit der Bezahlung usw., die wohl am besten durch sogenannte Arbeitsgemeinschaften geregelt werden, wie sie in verschiedenen Privatindustrien bereits eingeführt sind.

Die Arbeitsgemeinschaften sollen den Kriegsbeschädigten nicht nur geeignete Stellen nadweisen, sondern auch eine direkte Verbindung und Weiswerdestelle bilden und bei notwendigem Arbeitsbedarf auch fernerhin nach dem Prinzip bestehend eingreifen.

Da der „Zeitschrift für die Gemeinschaften der Kriegsbeschädigten“ hat das Mitglied der Generalkommission Adolf Cohen überzeugend daraufon, wie manhaftig die Aufgaben dieser Arbeitsgemeinschaften sind. Es sind bereits vorhanden: Arbeitsgemeinschaften für das ganze Reich in der Holzindustrie, im Buchdruckgewerbe, Steinseifer, Chemikalien; ferner Gaußtner für Berlin und Provinz; Brandenburg; weiter

noch Dresdner, Braunschweiger, Danziger, Lübeck, Bremen, Westfälische, Metallindustrie, Zollamt und Lederverarbeiter, Geschäftsgewerbe, Dienstleistungen und ähnliches.

Ansatzpunkte für Dazin sind natürlich diejenigen, wo auf dem Deutschen Städte-Verbandstag und im Deutschen Städte-Verband eine Arbeitsgemeinschaft für städtische Betriebsangehörige entsteht, um dann mit dem Deutschen Städte-Verband betriebspezifische Forderungen, die in Zukunft leichter Variationsmöglichkeiten raffen, deren Vertreter je zur Hälfte aus Gemeinschaftsvertretern der Gemeindeverwaltungen sowie den Betriebnehmern bestimmt werden.

Unser Verbandsvorstand hat nun am 29. Februar 1916 sowohl an den Vorstand des Deutschen Städte-Verbands als auch an den Reichsverband deutscher Städte (unter 50 000 Einwohner) folgende Empfehlung gerichtet:

„Auf Beschluss des Vorstandes ist empfohlen, Gemeinden, welche von Seiten der örtlichen Gemeindeverwaltung einen Antrag auf Errichtung eines Gemeindeverwaltungsfonds mit der Bitte um Unterstützung und Durchführung überreicht, da der nachhaltige Erfolg in Zahlen wird, zu zunächst gelehnen.“

Was dazin, welche uns bereits zugesandt sind, geht hervor, dass anstrengend auf dem Oberste der Arbeit für Gemeindebetriebe Gemeinschaften eine allgemeine Regelung durch die Organisation der deutschen Gemeindeverwaltungen bestimmt ist.

So ist dies der Willen der Stadt Magdeburg mit dem 8. Januar in seiner Amtszeit an den dortigen Gemeindeverwaltung.

„Eine endgültige Erlassnahme zu diesem Antrage ist uns jetzt noch nicht möglich. Die Angelegenheit wird erst vom Ausbau des Deutschen Städte-Verbands zur Wahrung möglicher Einzelheiten in den einzelnen Gemeindeverwaltungen eingehend erörtert werden, naddem die Stellung der Bundesstaaten, insbesondere Preußens, zu diesem Punkte geklärt ist.“

Wir erläutern uns daher, dem anstrengenden Vorstand des Deutschen Städte-Verbands die von uns eingesetzten „Grundlagen“ zu unterbreiten, und hoffen daran die hölliche Bitte, der Praktiken desselben aufgefallen zu unterstützen zu wollen. Wir stützen auf die bereits festgestellten aus dem Felde zurückgeworfenen Städtebeihilfen Satz 1. S. eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als gesundheitlich zu betrachten sein. Bei den Sicherungen der Gemeindeebene ist wird es über die Gemeindeaufsicht zu entscheiden - wie in verschiedensten Abschnitten der Gewerkschaften Ideen aufzubringen, auch prüfen kann bestreitbare Verteilung und die Gemeindeverwaltung kann darüber die Arbeitslosen in den Gemeindeverwaltungskammern zur Ansicht wenden.

Da einer praktischen Rücksicht, die im Interesse des Arbeitnehmers unerlässlich ist, darin besteht, wird nur jene genommen und bitte über uns zu verfügen.

Wir bevorzugen soziale Wahrung erlaubt  
 Beratung der Gemeinde in einem vereinigten Verbandsverband.  
 Datum 28.3.16. Zusammensetzung: 24. E. W. W.

Wir danken Ihnen darum, ob der Deutsche Staatsrat eine generelle Belebung solcher Art fordert — was man nicht tun darf — die Voraussetzung für eine generelle erteilte Meßregelung gibt.

Sehr! Interessant bedeuten sein sollte, ist es Aufgabe unserer Amtsträger, Betriebsamministratoren, Arbeiterschaftsräte und überwachende Beamte zu drängen, daß unseres, und jüge zur Ausführung kommen und insbesondere die partizipativen Kommissionen in Aktion treten.

Wohl ist die Aufgabe, die auf diesem Gebiet unserer Herrschaften Organisation nach alle strafe daran seien, nur diesen Aufgaben gerecht zu werden.

## Die Teuerungszulage in Zwidau.

Im letzten vergangenen Jahre rückte der Gesamtarbeiterausschuß im Rahmen der südlichen Arbeiterschaft an die südlichen Kollegien und kam zu dem Besluß, den südlichen Arbeitern eine Teuerungszulage von täglich 50 Pf. zugesetzt zu geben. Dieser Antrag wurde vom Ausschuß des Stadtrates der Stadtung die Lohnverhältnisse der Arbeiter im unteren und oberen Bereich der Teuerung die Lohnverhältnisse der Arbeiter, nämlich die für den Arbeitsergebnis im Durchschnitt eine Zulage von 50 Pf. zugesetzt zu geben. Es war auch hier in Zwidau, wie geschildert, nicht mehr zu tun, daß die Zulage im Durchschnitt um 50 Pf. erhöht wurde, sondern es wurde in dem unteren Stundenlohn um 50 Pf. erhöht, um das zu tun. Das zu tun. Wann eben fand die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden statt und das bedeutet einen zweiten Durchschnitt von 100 Pf. und unten. Diese Verhältnisse kann man sehr leicht feststellen, wenn man sich darüber schämen will, fragt. Es darf man sich nicht wohl fühlen, daß die Forderung auf täglich 50 Pf. Zulage auf 50 Pf. erhöht wird, so hoch gestellt wird, doch ist diese Forderung für die von der Arbeitsergebnisverhältnissen bestroffenen Arbeiter eindeutig kein Werkzeug, sondern nur ein Ausgleich für den unteren Preis zu erzielen sein.

Es ist dies nicht zu leugnen, daß in den südlichen Betrieben größere und kleinere Erfahrungen, sondern Erfahrungswerten, machen sie erkennen, daß das Preis- und nicht das Stundensatzverhältnis, nämlich die Zulage zu bestimmen. Und es braucht durchaus keine Bedeutung zu erlangen, sondern erfordert lange Zeit, ehe es zur Erfahrung kommt. So auch hier. Ein kleine Arbeiters hat die von der Arbeitsergebnisverhältnissen bestroffenen Arbeiter auf 50 Pf. erhöht und sie zum Arbeitsergebnisverhältnis auf 50 Pf. erhöht. Wie ist nun das Ergebnis? Die Lungen-Patienten sind fast alles gestorben.

So ist ja nichts Neues, wenn manche der Arbeiter wachstum haben, den anderen auch nicht ausgereicht zu bewegen davon machen. Das kommt jetzt. Da der Rat zu prüfen der Gesamtarbeiterausschuss nicht einholen, ist so ungünstig, daß wir es schon für notwendig halten, im weiteren Gang daraus hier wörtlich anzuführen. Der Rat ist fertig.

Der Antrag der Arbeiterschaft auf Gewährung einer Teuerungszulage von täglich 50 Pf. wird abgelehnt. Daher sind im wesentlichen folgende Erörterungen maßgebend anzusehen: Die Begründung der geforderten Zulage von 50 Pf. täglich würde zur Folge gehabt haben, daß für die südlichen Arbeiters eine wöchentliche Mehraufgabe von 1176 Pf. entstehen würde. Diese Summe kann nicht allein für den unteren engen Kreis eines Teiles der südlichen Arbeiters ausgetragen werden, wenn berücksichtigt wird, daß die Arbeiter des Kreises doch auch von anderen Bevölkerungsgruppen in ähnlicher Weise empfunden werden. Die Forderung anderer Bevölkerungsgruppen, auch ihnen aus Mangel der Gesamtsumme die Lungen des Kreises zu erleichtern, wurde mit Erfolg nicht entwirkt werden können, wenn eine so erhebliche Zulage, die oben geschilderte Stundensatzverhältnisse nicht aufzuheben scheint, für jede für die südlichen Arbeiters ausgetragen würde. Zu dem jetzigen Ereignis drängt aber auch eine andere Begründung der Zulage, welche von den südlichen Arbeitern begeht werden. Eine einzige Zulage von ihnen bezahlt nämlich einen Lohn, vermutlich sie auf ein Jahresinkommen von mehr als 1500 Pf. kommt. Ihnen stehen andere stadtische Angestellte gegenüber, deren Jahresinkommen gleich hoch oder niedriger oder nur im weiteren höher ist. Es wurde, wollte man die geforderte Zulage bewilligen, eine unzureichende Begründung der Befürworter gefunden, nach jenen Angehörigen einer Teuerungszulage befürwortet wurde. Die Abgeordneten für die übrigen Angestellten und Beamten der Stadt zeigten sich von selbst.

Zo ist der Rat. Mit seinem Worte ist gezeigt, daß etwa die Forderung der Arbeiter zu hoch oder unberedtigt ist, womit so will schreien, daß die Begründung ihrer Befürchtung ankommt wird. Wie die hohe Zulage

sich auf dem Markt findet. Wie dem Markt, auf andere Ortsmärkte der Städte und auf höheres Unternehmen, so in den Märkten aber nicht gehoben. Es muß durch Vermittlung, wenn man genau weiß, weil andere bringen, mit der nach kommenden Sammelausgabe wieder über jedem der Städte zu tun, wo der Platz liegt. Den wenn den nächsten Märkten die Lungen des Kreises, das allgemeinen Wirtschaft erledigt wurden. Dann auch andere Gewerbe erlangen große ein gleiches Verhältnis zu einem bestreift werden. So kann die Dinge doch nicht nach. Die Gewerbeleute können hier in diesem Hause doch nicht lediglich als Einwohner der Stadt, sondern nur einzige und allein als Arbeiter der Stadt betrachtet werden. Die Arbeiter haben sie sich an ihren Arbeitgeber Stadtgemeinde gewandt. Sie verlangen keine Unterstützung aus allgemeinen Mitteln, sondern die Erhöhung ihrer Löhne. Dazu sind sie auf Gewerbe direkt vertraglich gekommen zu der Stadt als Arbeitgeber zu reden. Wenn kann man ihre Forderung sich nicht mit der Begründung wehren, daß dann andere Einwohner lediglich in diese Spannheit als Einwohner ebenfalls beteiligt waren. Etwas kann von den Arbeitergruppen zu bestehen.

Wenn dann der Rat weiß, daß die Begründung der Zulage eine so hohe Summe erfordert, so wollen wir das nicht betrachten, aber die Arbeiter können darauf keine Rücksicht nehmen. Auf die Arbeit ist nicht zu Rücksicht genommen, es ist eine Arbeitsergebnis der Stadtbau entgangen. Der Rat soll zwischen so einer Zulage und anderen, und wenn die Ausgaben helfen, muß er verhindern, keine Gewerbeleute zu erlauben. Wozu sie verhindern in, daß die höheren Löhne mit der Arbeit, ja auch der Sicherheitswelt und sozialen Bildern und wieder die Stadt in Sicherheit hält, er kann nicht kommt. Wenn wird zunächst einmal durch die Innen- und Außenpolitik verhindert, aber wie meinen. Die Arbeitslage der Stadt, Leidet ist keineswegs so ungünstig, um diese Mehraufgabe nicht tragen zu können. Wenn in einer Stadt zu Stadtbauarbeiten ideen zu müssen, so bedarf das Geld da nicht zu tun. Die kommunalen Rechnungen werden zu einem Höhe d.h. Es ist nicht, daß in der endgültigen Werte ein.

Da wir im Innern befinden, daß die Rat kennt, daß die in der Gewerbe mächtigen Gewerbe nicht zu unterscheiden, in den Farben unterschieden, da die Farben war gelben. Daß durch die Arbeitsergebnisse verhindert ist, wenn im Lohnaufwand von 3-50, und mehr verhindert ist, und daß bei einem Weben von 16 bis 18 Pf. die Gewerbe diesen Lohnaufwand nicht tragen können. Der Rat versteht, daß ein erheblicher Teil weniger als 20 Pf. wöchentlich verdient, es kann nur fünf Arbeiter, die einen regelmäßigen Lohn von weniger als 20 Pf. haben. Wir haben 15% mindl. Lohnaufwand so gering sind als da wir jetzt und können dabei die Befreiung des Rates nicht entkräften, wir eben durch die Arbeitsergebnisse verhindern die Lohnaufwand von 3 Pf. und mehr erreicht. Daß das fürt in eben nicht aus der Welt zu schaffen, da dieser Lohnaufwand vorhanden ist, und daß bei den heutigen Zeiten die Arbeiter gegen Lohnaufwand äußerst hart empfinden.

Wer, so heißt es im Antwortschreiben weiter, trotz allem hat der Gesamtarbeiter nicht verkannt, daß die ganz außergewöhnlichen Verhältnisse den Arbeitern Löhne aufzulegen, die ihnen nach Möglichkeit zu erleichtern erlaubt eindringt. Zu der Erwähnung, daß von den wirtschaftlichen Verhältnissen besonders die Arbeiter betroffen werden, die Kinder haben, ist beobachtet, diesen eine Zulage zu gewähren. Es erhalten mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 Arbeiter mit Kindern für jedes der Schulen noch nicht entworfene Kind eine wöchentliche Zulage von genau 50 Pf. Diese Zulage aber wird verhältnismäßig gefragt, wenn durch sie ein Wohneinkommen von mehr als 28,80 Pf. erreicht wird. Die Kosten für diese Kinderzulage sind fürs ganze Jahr bei etwa rund 400 Arbeitern auf ganze 4500 Pf. verrechnigt. Daraus mag man ermessen, wieviel Arbeiter völlig leer ausgeht.

Die Arbeiter des Gaswerks, des Elektrizitätswerks nebst Straßenbau und von dieser Kinderzulage von vornherein ausgeschlossen. Hier beruft sich der Rat darauf, daß es im Mai vorigen Jahres eine Lohnzulage von 2 Pf. für die Stunde und daß mit 1. Januar dieses Jahres die erste halbjährliche Lohnzulage von 1 Pf. für die Stunde erfolgt sei. Das ist richtig, aber was haben diese Lohnzulagen zu bedeuten angesichts der, wie der Rat selbst sagt, ganz außergewöhnlichen Verhältnisse? Die Arbeiter dürfen wohl erwarten, daß bei Beurteilung ihres Gesuches nicht so eingehend und reduzierend verfahren werden würde. Zu dieser Erwartung sind die Arbeiter enttäuscht worden. Sie werden aber daraus die Schlußfolgerung, daß sie für die Zukunft weniger auf das Wohlwollen von oben, sondern auf ihre eigene Kraft ihre Hoffnungen zu setzen haben.

◆ Kriegsbriebe ◆

**Der deutsche Soldat und seine Heimat.** Der sozialdemokratische Krieger, der Mann, der den Krieg ausbrachte, ist ein weiser Idiot; er ist der Arzt, der die Wunde nicht sieht. Beide kommen aus dem „Büro“ und beide sind untereinander; neben den beiden verdeckten Kämpfern stehen natürlich noch die Arbeiter im Vordergrund in der Kritik und in ihrer Parteigemeinschaft. Aber noch die manngroße Verantwortung nach dem Kriege. Einige Gewerkschaften, mit denen ich zusammengestanden, waren durch christliche Gewerkschaften informiert, jedoch habe es sich eine tiefere Haltung zu einer wichtigen Frage ergeben, nämlich auf welche politische Auffassung zu setzen. Einmal war ich einen Monat, der ganz durchdrungen war von dem Ziel des Kriegers, der Deutscher zu sein, zu Deutschland nach, er den Tugend einer wehrhaften Stellungnahme. Viele Briefe aus der Heimat entflossen mir Wittenbergen über die Radikalbegrenzen innerhalb der sozialdemokratischen Parteigemeinschaften, sehr oft auch über Unterschiede mit bestätigten zwischen Gewerkschaften und Radikalen. Gewerkschaften fanden in den hier und herziehenden Briefen auch das Verboten zum Durchwühlen, das Mittel des Briefempfängers zu erzeugen. Manche Soldaten geben kein Geld aus, füllen wenn sie beladenen Lohn später. Sie verzichten auf noch je vorhandene Würde, dachten sogar, nur um Geld nach Hause zu holen. Es gibt jedoch auch andere, die nach Hause zurück zu Hause verlangen, wenn dort auch die Not größer ist als bei den Soldaten im Felde. Aber diese Gemeinfamilie ist tiefer vor gerückt; es ist der lebende Gedanke an die Heimat, der Wunsch, sie wiederzufinden, mit den Angehörigen und Freunden dabei wieder vor mir zu sein. Der Gaukler des Wertes „Heimat“ läßt die Herzen ergründen, das Entzücken über das im Geist vergegenwärtigte Bild des Familien- und Heimatvertrags spiegelt sich in den glänzenden Augen wieder. Schnell merkt man, was die Menschen am meisten bewegen. Familienvater sprechen mit Vorliebe von der Frau und den Kindern, junge Leute erzählen gern von den Eltern, Geschwistern und von der Frau. Mord er denkt an seine Zukunftspläne. Und in der Familie wird der Krieger, der eine persönliche Verbindung zum Soldaten gefunden hat, sofort zum Vertrauten. Eine verborgene Welle erfaßt ihn, man sieht wie darin ein Zentier in die Wohnung, in das Familienleben der Erzähler hinein. Nur allgemein wird man freundlich und höflich sprechen über die Größe von Heimatliebe und Familienfamilie, die sich bei den Unterhaltungen öffnet. Daß ein jeder sieht die Nationalität seiner Heimat, die sie vor anderen gegenüber auszeichnet. Der eine in Italien und die Gruppe, die Eigenart und Bedeutung seiner Vaterstadt, der andere sieht ihre Nationalität. Wieder andere sprechen gern von ihren befreiten Volksgruppen und Tönen.immer wieder hört man die Worte „die Heimat und zum Vaterlande durchdringen“. So, daß der Heimat, von zu Hause, von der Familie, von ihren persönlichen Interessen brechen die meisten Soldaten mit Vorliebe, Heimat und Vaterlandsliebe ist kein lechter Begriff; er ist ein starker Begriff im Geschichtsleben der Menschen, in ihrem Handeln und Denken, Gemeinsame Kultur, Sitten, Lebensgewohnheiten, weltanschauliche Interessen, Sprache und Literatur sind ein Land, das die Nachkommen eines Volkes umfaßt, trotz der Staatsgrenzen. Das Geschichtsleben, die Literatur eines Volkes, wirkt auf den Einzelnen je nach seinen Anlagen seiner formellen Bildung, seiner Erfahrung, seinem jungen Leben, in dem er sich bewegt, natürlich verschieden und verschieden; aber unverkennbar davon memord. Aber die praktischen Bewegungsgründe der sich offenbarenden Heimatseinfühlungen sind verschieden. Nach der über Erwartungen langer Dauer des Krieges müssen die ältestenheren Erfahrungsweisen gern in die Zukunft zurück. Sie treibt die Schriftsteller nach den Wiedervereinigung mit der Familie; bei anderem stehen die Verlustintensiven und Verlustangsten im Vordergrund; manchen laden gewisse Interessen, oft politische Anhängerungen und Überzeugungen, sprechen dabei ein. Verständene Motive drängen zu denfeelen Ziel; vielleicht führen mehrere zusammen, verstören das Gefühl der Heimatliebe. Aber nicht nur die Motive sind verschieden und moniert, sondern, bald stärker, bald einfacher, dort kompliziert, sie werden auch durch verstandene Umstände verstärkt. Der Soldat in ge füllter Form, dazu vielleicht sogar vermehrte Kriegserfahrung findet in der doch keine Befriedigung; er ist gewißlich seine Wirklichkeit noch mehr, oder er würde doch lieber heute als morgen zu seinen vertrauteten Freunden zurückkehren, zu seiner Familie, seinen Freunden, Verwandten und seinem bürgerlichen Leben sich erinnern. Er mußte das Kriegsende herbei, wenn er auch seine Pläne nicht verlassen würde, selbst wenn es ihm freihändigt. Der Wille, unter allen Umständen darzubalten zu wollen, kann ebenfalls die Heimatseinfühlung stark erhöhen. Noch weniger ist das der Fall bei den Leuten, die zwar kaum im Lebensgefecht geraten, die aber doch mit dem Kriegsergebnis unangenehme Feststellungen und unangenehme Entwicklungen auf sich nehmen müssen. Aus demselben Grund ist der Gedanke an die Familie, die Schriftsteller nach der Heimat um jüngst entstanden bei den Soldaten, die allen Gefahren und Gefahrenlosen, die der Krieg im Wege hat, ausgesetzt sind. Niemand will Deutschtum verhindern, niemand seine wirtschaftliche

Entwicklung, seine Weltreiseart, seine Kultur zerstören lassen, aber trotzdem hat man den Wunsch, nach Hause zu kommen. Niemand tut es gern, keiner denkt mit Wonne daran, von einer Kugel getroffen, gefangen oder verwundet zu werden. Wer anderes beschützt, nimmt die Menschen nicht menschlich, wie sie in Wirklichkeit sind. Eine Kriegsfeindlichkeit im Sinne deutscher Radikale ist überhaupt nie die Männer bewußt. Es wäre auch keine verteidigungsweise Kultur, die eine Freude am Lösen, Vernichten und Zerstören als Waffenherstellung großzogen hätte. Die Soldaten betrachten den Krieg als ein bitteres Mühsal, als ein Unglück, dessen Folgen für das eigene Volk unzulässig, Altruismus der bewaffneten Stadt ist. Die Zahl der Menschen, die den Krieg als Mittel zum Zweck der Befriedigung materiell egoistischer oder ehrgeiziger Blüte herbeiwünschten, ist gering. Und auch sie denken nicht daran, jährlings ihr Leben für sie sterben. Sie sehen es als ein in Konsequenz ihrer Werte und der sie lebenden Motive, oder sie führen zu Hause und verbergen den Heldentum der anderen. Willkürfreiheit, Lebensausübung mit unbedeutender Unterdrückung lassen andere vor körperlicher Gewalt, vor feindseliger Anstrengung und Entfernung zurückzuweichen. Sie erleben den Tod als Einfach für das erprobte Ziel. Sodann ist froh, wenn er mit seines Hauses davontrommt. Die Heimatliebe ist natürlich. Sie entsteht seinem abstrakten Ideal, die entspringt dem wirklichen Leben, dem Hunger nach Freundschaft und Freude. Darum ist sie gesund und unverwüstlich, und darum auch hat der Krieg die Heimatliebe und den Familienzusammenhalt verschärft und verstärkt."

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

**Kiel.** Bei der Stadtoberleitung im Rathaus trat die sozialdemokratische Fraktion energisch für die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Betrieben ein. Nach lebhafter Debatte wurde fast einhellige Beschlüsse, den Magistrat zu erzwingen, die Besetzungen über die Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben durchzubringen, daß der Gesamtleiter des Städte- und Gemeindearbeiterverbands zu den Sitzungen des Arbeiterausschusses einzuladen ist und mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen kann. Der Magistrat erklärte sich mit dem sachlichen Inhalt des Antrags einverstanden, so daß die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Betrieben der Stadt zu erwarten ist.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

**Charlottenburg.** In der Charlottenburger Straße reihten werden jetzt in der Kriegszeit auch Frauen heimlich. Ihre Arbeitsleistung ist als gleichwertig zu nennen wie die der Männer, dagegen ist die Lohn um 45 % pro Tag niedriger als der Männerlohn, aber nicht allein in dieser Hinsicht sind die Frauen schlechter daran; in anderen Dingen ist es gleichfalls so schlecht. Besonders läßt die Gebärdung der Frauen durch die Herren „einfach“ manches zu wünschen übrig. Besondere Klagen werden vom Corp Bonnianum laut, wo einige Aufsichts- und Kommandeur führen, sich durch unsittliche Abredarten den Frauen gegenüber besonders auszuschließen zu sollen. Von den Kriegerfrauen, die ihre Männer draußen im Schützengruben wissen, wird diese unmündige Verhandlung bitter empfunden. Sind denn die Krieger deshalb ins Feld gezogen, damit ihre Frauen, wenn sie arbeiten müssen, um das Wirtschaftsleben des Landes erhalten zu helfen, mit unlauteren Abredarten angepeißelt werden? Es müssen diese Männer, die in solcher Zeit so etwas fertig bringen, sehr merkwürdige Patrioten sein. An den Brüder mit ihnen! Was würden sie dazu sagen, wenn sie draußen wären und ihren Frauen solches zustoßen würde? — In der Charlottenburger Straße reihten in die freiwerkschaftliche Organisation nie gern gehören gewesen. Vor dem Kriege haben einige der Herren Bergesichter kein Mittel unverzagt gelassen, die Organisation aus ihrem Verein zu verhindern. Nicht angeblich patriotische Gewohnheit, die schon immer jedes echten Patriotismus entbehrt, haben bis heute einige der Herren nicht abstreiten können. Durch Ausborster der Arbeiterinnen fanden sie sich über die Verbandszugehörigkeit zu informieren. So fragte da ein Vorgesetzter eine Arbeiterin, ob sie im sozialdemokratischen Verband sei. Die Form der Frage genügt genugend für die Bewertung der gewerkschaftlichen Organisation. Nun sollte man meinen, daß nachdem die höchsten offiziellen Regierungsstellen die große Bedeutung der Gewerkschaften für das Wirtschaftsleben vor aller Welt betont haben, nun auch die nachgeordneten Stellen ihre Gewerkschaftsfeindschaft abschwärzen würden. Anscheinend hält das an gewissen Stellen immer, anscheinend wird die Verbandszugehörigkeit noch immer wie das rote Band auf den Gütern. Aber schließlich werden auch die ältesten Gewerkschaftsleute untersuchen müssen. Die Arbeitserlaubnis wird dafür sorgen. Wir können aus der Praxis genügend Beispiele anführen, daß viele Betriebsleiter die gewerkschaftliche Organisation nicht mehr missen möchten. Die gewerkschaftliche Organisation ist es, die neuen der Solidarität auch die freiwillige Disziplin und Pflichterfüllung,

In der Arbeiterschaft fördert. Allerdings lässt sich eine von Disziplin und Pflichterfüllung durchdringende Arbeiterschaft die ihr zustehenden Rechte nicht idemätern, verlangt als Menschen gewertet und behandelt zu werden und nicht wie ein rechloses Arbeitstier. Ein anderer Umstand, über den die Arbeiter berechtigte klagen müssen, ist der Mangel an geeigneter Aufzettelzung. Die Belehrung eines Strafeneinigers erfordert in allererster Linie gutes Zuhörwert. Bei den teuren Lederpreisen ist gutes und dauerhaftes Zuhörwerk schwer zu haben. Nun ist aber auch der Lohn nur so bemessen, dass er gerade zur Befriedigung des Lebensmittelbedarfs ausreicht. Unter solchen Umständen ist an die Ablösung von gequältem Zuhörwerk nicht zu denken. Hier sollte der Magistrat das Zuhörwerk liefern schon mit Rücksicht auf die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiterrinnen. Es wurde berichtet, dass auf dem Tropo der Strafeneinigung Zuhörwerk lagere. Ist es so, dann bedarf danach? Wertvoll ist auch die Art der Bewährung von Teuerungszulagen. Erstens eine Arbeiterrin im Laufe des Monats, so erhält sie gleich für den ganzen Monat keine Teuerungszulage, ganz gleich wie lange die Krankheit dauert, einige Tage oder länger. Auch wird die Teuerungszulage vorenthalten, wenn eine Arbeiterrin im ganzen Monat einige Tage fehlt. So kommt es vor, dass Arbeiterrinnen, wenn sie am 5. des Monats in Arbeit treten, für den laufenden Monat keine Teuerungszulage erhalten; fehlen sie im folgenden Monat einige Tage, dann erhalten sie für den Monat auch nichts, und wenn sie dann das Unglück haben, im dritten Monat ihrer Beschäftigung einige Tage zu erkranken, erhalten sie auch für diesen Monat keine Teuerungszulage. Das ist eine sehr hinderliche Art von Bewährung der Teuerungszulagen. Es kann doch wohl nicht angenommen werden, dass im Charlottenburger Magistrat bei der Abfassung der Bestimmungen über die Teuerungszulagen die Absicht bestand, durch allerlei Maßnahmen die Arbeiter und Arbeiterrinnen auf solche Weise um die Teuerungszulagen zu bringen. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um die berechtigten Bedenken über die Art der Bewährung der Teuerungszulagen wie der anderen Missstände zu befehligen.

**Chemnitz.** In einer Mitgliederversammlung, die am 4. März im Restaurant Hoffnung tagte, referierte Kollege Preißler-Tredden über „Aufführungskrisen der Gewerkschaftsbewegung“. In seinen Ausführungen wies der Referent nach, in welchem Maße die Unternehmerorganisationen während des Krieges gewadert sind. Dies sollte auch den städtischen Arbeiten zu bedenken geben. Die Arbeitersorganisationen haben während des Krieges auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit volle Anerkennung gefunden. Die Arbeiter müssen nun durch jüngsten Aufruhr ihre Organisation feststellen, damit sie auch nach dem Kriege ihre volle Tatkraft freihält. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde einstimmig beschlossen, dem Aufbauamt, welches zurzeit im Besitz steht, 60 Proz. des Gehalts zu gewähren. Ein Unterstützungsgebot wurde abgelehnt. Mit einem kräftigen Appell wurde die Versammlung geschlossen.

**Wiesbaden.** In unserer Mitgliederversammlung vom 12. März, welche ganz deplatzt war, referierte Gauleiter Uhde-Krausfuer am Main über: „Die Einstellung des Krieges auf die Lebenshaltung der Arbeiter“. Er beweist, dass der Lohn absolut mit der Teuerung nicht schritt hält, dass die Lebensmittel der ärmeren Bevölkerung mehr um das Dreifache gestiegen sind und der Lohnwährender der Arbeiterzeit nur um unsere kleine Teuerungszulage erhöht wurde, was für Mann und Frau zusammen 4 M., für jedes Kind 1 M., bis höchstens 9 M. monatlich beträgt. Daran kann man erkennen, was die Wiesbadener Stadtverwaltung für ihre Arbeiter übrig hat. Die Arbeit fallen und müssen sie leisten, und zwar minuter recht schwere, trotz der geringen Löhne. Unter „Verbindenadem“ gab der Schriftführer bekannt, dass Anfang Dezember 1915 eine Eingabe gemacht wurde an die Bürgermeisterei mit der Bitte, die Teuerungszulage zu erhöhen mit den Ziffern für Mann und Frau von 1 auf 7 M. und für jedes Kind von 1 M. auf 1,75 M.. Leider ist bis jetzt noch keine Erhöhung der Teuerungszulage erfolgt, auch noch nicht einmal eine Antwort darauf gegeben. Es wurde dann beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

**Essen.** Die Verhältnisse der besseren städtischen Arbeiter können als die besten nicht bezeichnet werden. Es sind noch Löhne von 3,50 M. pro Tag und darunter vorhanden. Dazu mit einem derartigen Lohn arbeiten nicht auszutreten ist, haben auch die städtischen Arbeiter endlich erfasst. Wenn früher immer vergebens zu den Versammlungen eingeladen wurde, so wurde jetzt die Verwaltung von allen Seiten aufgefordert, die Kollegen zusammenzurufen, um Stellung zu den Lohnverhältnissen zu nehmen. Zu mehreren allgemeinen und verschiedenen Versammlungen wurde dem Wunsche der Kollegen Bedacht getragen. Die Versammlungen hatten durchweg einen guten Besuch aufzuweisen. Besonders wurde in den Versammlungen, eine allgemeine Lohnerschöpfung von 50 Pfennig pro Tag und Arbeiter von der Stadtverwaltung zu fordern. Diesem Wunsche wurde unfehlbar Rechnung getragen und ein dementsprechender Antrag unter dem 11. Februar der Stadtverwaltung überreicht. Außerdem nach der sozialpolitische Deputation mit unserem Antrage befreit hatte, wurde dem Arbeiterausschuss am 9. März das Resultat befohlen gegeben. Zu einer allgemeinen Lohnerschöpfung hat

man sich nicht bereit erklärt, wohl aber ist die Mietzuzuglage zu ändern werden. Diesehe soll sofort in aussehen:

		Bisher	Jetzt
Ledige . . . . .	monat	10,-	M. pro Monat
Verheiratete ohne Kind . . . . .	monat	16,-	" "
Verheiratete mit 1 Kind . . . . .	10, M.	20,	" "
" " 2 Kind . . . . .	12,-	24,	" "
" " 3 " . . . . .	15,-	30,-	" "
" " 4 " . . . . .	18,-	36,-	" "
" " 5 " . . . . .	21,-	42,-	" "

Wenn auch erfordert werden soll, dass diese Angeständnisse zum Teil weiter geben als unser Antrag, so müssten wir jedoch auch hier wieder der Meinung Ausdruck geben, dass dem Arbeiter mit der Erhöhung des Grundsobhnes mehr gedient ist. Diese Mietzuzuglage wird bei Beendigung des Krieges wieder verschwinden, wohingegen der Lohn zunehmen bleibt. Das aber eine Erhöhung des Lohnes notwendig ist, wird wohl von keiner Seite bestritten werden können. Indirekt ist ja auch eine Regelung der Lohnverhältnisse vorgelegt worden. — Gleichzeitig hatten auch die Paternitätswärter und -zöginder eine Eingabe durch unsere Organisation eingereicht. Diese Eingabe wollte die Zobne der Paternitätswärter im Winter und Sommer gleich gestalten. Vorder ist diese Eingabe gefallen. Die Paternitätswärter und -zöginder sollen nur drei Viertel der Teuerungszulage erhalten. Außerdem noch vor unserer Seite darauf verwiesen wurde, dass dies eine Ungerechtigkeit bedeuten würde, wurde auch hier eine rodmalige Prüfung angefragt. Vorder wird in die Arbeit der Paternitätswärter und -zöginder als eine Teilbeidätschaft angesehen. Wenn aber 9 bis 11 Stunden an den Paternen gearbeitet werden muss, so kann hier nicht mehr gut von einer Nebenbeschäftigung gesprochen werden. Die Kollegen sind leider gespannt, um leben zu können, nach der geleisteten Arbeit fügt noch weiter nach einem Verdienst umzugehen. Nach dem uns übermittelten Material, welches durch eine Abfrage in anderen Ämtern uns überhandt wurde, sieht Essen so ziemlich an letzter Stelle mit der Bezahlung dieser Arbeiter, es ist daher eine dringende Notwendigkeit, auch hier nach dem Kriege für eine Verbesserung des Lohnes zu sorgen. Hörtentlich wird zu arbeiten nicht die Dreiviertel, sondern die ganze Mietzuzuglage gewährt. — Der Besuch der Versammlungen zeigte, dass die Arbeiter ihre einzige Hoffnung in die Organisation haben. Es wurde doch gerade von den Paternitätswärtern betont, dass sie schon des öfteren Eingaben ihren nächsten Vorgesetzten unterbreitet hätten, jedoch immer ohne Erfolg. Wenn nun so die Arbeiter enttäuscht werden, so ist es kein Wunder, wenn auch diese Arbeiter, wenn auch etwas spät — den Weg zur Organisation gefunden haben. Es soll in diesen paar Wochen 80 Kollegen ihren Beitrag zur Organisation vollzogen, und andere haben versprochen, denselben zu vervollziehen, wenn etwas erreicht würde. Wenn auch die letzte Mietzede nicht ganz einwandfrei ist — denn wer ernnen will, der muss zu erstaunen —, so kann man aber auch dies verbieten. Waren doch in den Versammlungen Arbeiter vorhanden, die erklärten, dass zwanzig Jahre bei der Stadt beschäftigt zu sein, und bei oft dieser Arbeit müssen sie mit ansehen, wie die Familie Hunger leide. Vorder batte diese Kollegen nur zu recht. Hoffen wir, dass alle städtischen Arbeiter in Essen aus dieser Bewegung den richtigen Schluss ziehen und sich der Organisation anschließen. Ein großer Adler ist noch zu bearbeiten. Diesen Adler fruchtbar zu machen, soll und wird unsere Aufgabe sein. — Unsere Eingabe wegen der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen wurde in der Städtischen Petitions-Deputation behandelt. Sie ist mit unwesentlichen Veränderungen, und zum Teil weitergehend, angenommen worden. Wir werden darüber besonders berichten.

**Hamburg.** Am 15. März waren unsere Mitglieder und die Kriegerfrauen zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt. Die Tagesordnung betraf zunächst die Teuerungszulage. Es wurde folgende Resolution beschlossen: „Die Staatsarbeiterversammlung verweist hiermit auf die Notwendigkeit, dass die Leiters von den Arbeiterausschüssen beantragte Rentierung der Teuerungszulage jetzt sofort eintreten muss; für die Arbeiter der niedrigsten Lohnstufe (Tagelohn 4 M.) müssen Lohn und Teuerungszulage zusammen mindestens den Betrag von 30 M. wöchentlich erreichen. Gleichzeitig muss die Teuerungszulage festgestellt werden. Grundsätzlich muss jetzt aber auch die Teuerungszulage auf die Arbeiter im Lohn von 2000 bis 2500 M. ausgedehnt werden. Renten muss auch den Kriegerfrauen, denen der volle Lohn fortgeschafft wird, wenn aber dieser nur der niedrigsten Lohnstufe (4 M. bis 1,20 Mark Tagelohn und 30 M. Wochentlohn) entspricht, und wenn diese Frauen mehrere Kinder zu unterhalten haben, zunächst gleichfalls eine Teuerungszulage gegeben werden. Es ist zu berücksichtigen, dass die Rentierung nun schon rechtlich unbestimmt ist. Ein Teil der unentbehrlichen Lebensmittelhaltungsmittel, vor allem Bekleidungsmittel, immer noch nicht im Preis steigen, und dass infolge dieser andauernden Belastung der Stand in den obrünn mit mit geringen Mitteln eingerichteten Baracken sicherlich unzuträglich wird. Der Staatsarbeiterverbund kann nicht noch langer zuhalten, dass es Staatsarbeiterverbünd gibt, die nicht immer fett zu essen haben und sich nicht die nötige

richtung laufen können, weil ihr Lohnesinkommen zu gering ist und so ihnen deshalb wiederum Geld mangelt. Wenn die jüngste Zeit bestrebt ist, das Leben aufzuhören. Daher verlangt die Bevölkerung der Staatsangehörigen zur Unterstützung der Tenuerungszulage. Die Bevölkerung betrifft die Arbeiterschaft, umfangen bei der Senatskommission im Staatsarbeiteramt eingehalten. In Zeiten dieser Entlastung Vorstellungen zu erheben.“ Die Erinnerung der Arbeiterschaft soll die Förderung schneller Wiederaufstellung der Tenuerungszulage an die Senatskommission einholen. Die Bedürfnisse von den im Haushalt wohnhaften Angehörigen bemühten Staatsarbeiter, daß ihnen die Reichsunterstützung nicht gewährt werden soll, weil ihnen der Lohn fortgesetzt wird, haben nun schließlich dazu geführt, daß die Kriegsangehörigen zugunsten der Kriegerfrauen entschieden haben; zu diesen wird jetzt die Reichsunterstützung gegeben. Sie wurde auf die ganze Zeit des Kriegsdienstes der betreffenden Staatsangehörigen verlängert. Der Staatsarbeiterverband hat das meiste dazu getan, daß nun doch den Kriegerfrauen die Unterhaltung noch gewährt werden müssen. Zollten nun noch irgendwo im Freienstand der Kriegerfrauen hamburgischer Staatsarbeiter wohnen, so als Angehörige unseres Verbandes anzusehen sind und denen ist die Reichsunterstützung noch nicht gewährt wird, dann haben sie unter Hamburger Bürgereigentum hierzu zu beruhigen, damit es für sie erforderlich werden könnte. — Über unsere Witterungsvereinbarungen besteht immer noch Unstimmigkeit bei einem Teil der Mitglieder, Arbeitsbeschaffungs- und Krankenunterstützungen zu geben, wie sie im Statut festgelegt sind. Auch Sterbegeld wird ohne weiteres ausbezahlt, wenn Ehefrauen und Kinder das heißt Kinder, die selber ihren Unterhalt noch nicht erwerben können die hinterbliebenen sind. Stellt ein Mitglied unverheiratet und hinterläßt es keine Angehörigen, die bedürftig sind und für deren Unterhalt es sorgt oder die im eigenen Haushalt ein verhöhrtes Mitglied während einer längeren, dem Tode des Eltern unmittelbar vorangegangenen Krankheit pflegen, in ferne Jahr das Sterbegeld nicht zur Deckung der Beerdigungskosten erfordert, dann wird kein Sterbegeld gewährt. Es muß der Betrieb eingehalten werden, daß das festgestellte Sterbegeld eine hinterbliebenenunterstützung ist und keine Gelderbschaft; letzteres kommt, es soll sich niemand, der sonst mit dem verstorbenen Mitglied unseres Verbands jährlich nichts zu tun hatte, sondern an bloß dessen Hinterbliebenen zu erben will, an unserem Verband bestehend können; es sollen vor allen Dingen Personen, die zwar dem Betrieb nach die Eltern sind, die aber zu Lebenszeiten ihres verstorbenen Mitglieds mit diesem nicht in häuslicher Gemeinschaft standen, aus dem Todesfall kein Geschäft machen dürfen. Keiner führen auch Notfallunterstützungen nur entsprechend den bestehenden Bestimmungen unseres Ortsstatuts gegen, ob wenn lange Arbeitslosigkeit oder Krankheit des Kriegsdiens, oder wenn schwere Krankheitsfälle der Frau oder des Sohnes, oder wenn Sterbefälle unter den Kindern die Kriegerangehörigen sind; in Krankheitssäulen und ebenso wenn Kinder geboren sind, tritt über Verbandsmitgliedschaft nur dann ein, wenn entsprechende Hilfen aus Krankenkassen bezogen werden können; bei der Notfallunterstützung wird immer jeder einzelne Fall an und für sich behandelt und dann den gefundenen Notfallsituations angemessen entschieden. Waren Arbeit, Monatsrente, Hochzeit, Hausstandseinträge, Abzahlungsrückstände, Verhandlungen, Reisen und Vergleichungen sind keine Rücksicht, die zur Notfallunterstützung begründen können. Solche Anträge sollen in jedem Falle zurückgewiesen werden. Auch kann den im Betrieb lebenden Müttern, wenn sie Heimatschule haben, hier nur eine Unterstützung zum Lebensunterhalt gewährt werden. Wollte der Betrieb diese Ansprüche berücksichtigen, müßte wohl die Beiträge nur ein Mehrfaches erhöht werden und das ist unmöglich. Keiner lebt den Betrieb die Darlehen ab; außer wieder neuen Anträgen hervor, daß der Betrieb trotzdem einen solchen, manchmal sogar großer Summen, dies ist aber in keinem Falle erfüllbar.

**Hannover.** Am 15. März fand im Gewerkschaftshaus unserer Gewerkschaftsammlung statt. Kollege Mehnert referierte über „Die Bedeutung der Frauenarbeit während des Krieges.“ Redner erinnerte die fortwährende Annahme der Frauenarbeit und bestrebt, daß während des Krieges überhaupt nicht ohne sie auszukommen sei. Daß den Frauen nach dem Kriege die politische und soziale Selbstverantwortung gegeben würde, davon sei bei den meisten Zielen noch nicht die Rede gewesen. Da aber die Frauen ihre Verpflichtungen vollbringen, sollte dafür auch gleiche Bezahlung der kompatiblen Selbstverantwortung anerkannt werden. Die Frauen sollten wissen die Frauenarbeit zu erhalten, denn es sind ihnen faire und billige Arbeitsbedingungen. Nach dem Krieg wird die Frauenarbeit nicht so ideal wieder aus den Betrieben verdrängt. Damit ist es wichtig, die Frauen der Organisation zu erhalten, um nach dem Kriege gewappnet dazubleiben und den Frauen der Unternehmer einen Hemmndienst entgegenzusetzen. Ritter „Beschluß“ wurde einstimmig beschlossen, daß jedem der dem Betrieb sichenden Müttern, der zu Tieren ein Kind aus der Ehe bekommt, eine Leidet von 15 M. aus der Rentenkasse ausbezahlt wird.

**Münster.** Die Zentrumsaktion des Kölner Stadtverordnetenkollegiums hat der Stadtverwaltung unter anderem Anträge unterbreitet, die Kriegssteuerungszulage umzugestalten und die Bestimmung betreffend die „Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge für städtische Arbeiter neu zu regeln. Es ist eine alte Gewohnheit des Kölner Rathauszentrums, alle Verbesserungen, die im Lohn- und Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter durch die gewerkschaftliche Organisation errungen wurden, auf sein Konto zu buchen. Waren die Herrschaften so aufsichtig und gesetzend zu, daß beide Anträge von den Arbeitern bzw. deren Organisationen ausgehen, brauchten wir uns im „Kriegsfall“ nicht mit ihnen herumzuschlagen. So aber leben wir uns voran, daß die Kriegssteuerungszulage etwas aufzutischen, zunächst die Kriegssteuerungszulage. Anfang März 1915 unterbreitete der Gemeindearbeiterverband der Stadtverwaltung eine Erhöhung seiner Mitglieder, die einen Zusätzlich zu den derzeitigen Lebenshaltung und dem derzeitigen Einkommen forderten. Gleich darauf reichten die freigewerkschaftlichen Arbeiterausschussmitglieder im Einvernehmen mit der Organisation nachstehend ausführlich begründete Eingabe ein: „Die Stadtverwaltung möge allen verheirateten städtischen Arbeitern und solchen ledigen Arbeitern, die den Unterhalt ihrer Eltern und Geschwister bestreiten müssen, sowie den bei den städtischen Behörden beschäftigten Arbeiterninnen, die ihre Familie allein unterhalten, eine tägliche Tenuerungszulage von 75 Pfennig, allen unverheirateten Arbeitern eine Zulage von täglich 10 Pfennig gewähren.“ In dem Bericht des Kölner Handelsamtmasters über deren Sitzung vom 25. März 1915, die sich auf Beratung der Stadtverwaltung mit der Tenuerungszulage der städtischen Arbeiter befaßte, in nicht die Rede von einem Zentrumsantrag, sondern von den Anträgen der Gemeindearbeiterverbände, die mit Rücksicht auf die Erhöhung eine Erhöhung der Löhne forderten. Die Stadtverordneten beschlossen dann in der Sitzung vom 22. April 1915 eine schrumpfende Tenuerungszulage bis zu einem Tagelohn von 5 M. bzw. Jahresverdienst von 1000 M. Die höhere im Lohn beschäftigten sowie ledigen Arbeiter wurden von der Zulage ausgeschlossen. — Am 9. September ging der Stadtverwaltung erneut durch den Gemeindearbeiterverband der Antrag vom März zu, worauf am 22. Oktober eine andererweitere Regelung der Tenuerungszulage erfolgte. Die Höchstgrenze wurde auf 7,10 M. bzw. 2100 M. festgesetzt, eine Staffelung nach der Kinderzahl eingeführt. Auch diesem wurde unser Antrag nicht begegnet, wieder gingen die ledigen Arbeiter leer aus, es blieb bei dem alten Urteil, je niedriger der Lohn, desto geringer die Tenuerungszulage. Wenn nun die Zentrumsaktion eine Reuregelung der Tenuerungszulage vorschlägt, so ist damit der Beweis erbracht, daß die bisherigen Bedingungen ätzend, insbesondere das Einkommen der ledigen beschäftigten Arbeiter aufzubessern. Bei der vom Zentrum beantragten Änderung der Bestimmungen über die „Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge“ zeigt sich noch deutlicher die Bescheidenheit der Herren vom Zentrum. Die Herren König und Tedenbach wollen die Anregung geben haben, bestreite Bestimmungen umzudenken. Da müssen wir halt schon die Stadtverwaltung zu zeugen annehmen, daß wiederum die Arbeiter selbst, nämlich der Gemeindearbeiterverband, früher auf dem Plane erschienen sind. Am Juni 1914 reichten wir durch die Arbeiterausschussmitglieder der Stadtverwaltung einen Antrag auf Änderung der bestehenden Bestimmungen ein, in dem unter anderem die Erhöhung der Anfangsrente und die unverkürzte Auszahlung der den Erwachsenen und den Hinterbliebenen aus der städtischen Fürsorge zugehörigen Bezüge gefordert wurden. Eine Abschrift unseres Antrages ging übrigens Herrn König am 19. Juni 1914 zu. Den Empfang der Eingabe bestätigte die Stadtverwaltung durch folgendes Schreiben vom 11. Juli 1914: „Die Eingabe vom Juni 1914 betreffend die Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge der städtischen Arbeiter hat Erhebungen erforderlich gemacht. Nach Abschluß derselben erhalten Sie näheren Weisheit, d. h. Dr. Reinhard.“ Auf den „näheren Weisheit“ warten wir allerdings heute noch. Sollte diesen leben wir unserer Anträge als „Anträge des Zentrums“ das Licht der Welt entzünden. Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß die Herren der Rathausmehrheit in Zukunft anders verfahren wie bisher, glauben aber die städtischen Arbeiter darüber unterrichtet zu müssen, wie ihre Anträge bzw. die ihrer Organisation zu folgenden des Zentrums gemacht werden.

**Lübeck.** Eine öffentliche Versammlung aller Staats- und und städtischen Arbeiter beschloß, daß mit der wirtschaftlichen Lage und der Tenuerungszulage der Arbeiter. Die Versammlung war sehr laut bestrebt und auch alle Kategorien waren vertreten. Kollege Rohr wies in seinen Ausführungen auf die fortwährende Erhöhung der Preise aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsteile seit Anfang des Krieges hin. Da der Lohn der Staatsarbeiter jedoch vor dieser Zeit den Haushaltungen große Entbehrungen aufgezeigt, ist jetzt große Not eingetreten. Hat doch die Mehr-

zahl der vom lübischen Staat beschäftigten Arbeiter einer Stundenlohn von 30 Pf. Weiter kommt noch in Betracht, daß durch eine verlängerte Arbeitszeit im Winter ein großer Teil der Arbeiter eine Einkunftsan zu Stundentlohn hat. Am Marz v. J. stellten die Arbeiter einen Antrag auf Teuerungszulage. Dieser Antrag wurde als begründet erachtet, und vom 1. April an erhielten die Arbeiter 12 Pf. Teuerungszulage pro Monat. Die enorme Tendenz, die im April bestand, ließerte sich aber bis zum Herbit um ein gewaltiges. Hinzu kam bei den schon erwähnten Arbeitern die Anzahl vor der verhinderten Einnahme durch die längere Arbeitszeit. Eben in früheren Jahren baten die Staatsarbeiter zu wiederkölen Maßen Anträge gestellt, die Winterlöhnne mit den Sommerlöhnne gleichzustellen. Diese Anträge sind niets vom Staat angelehnt worden. Die Arbeiter stellten dann im Oktober 1917 wiederum Anträge auf Gleichstellung der Winterlöhnne mit den Sommerlöhnne und für mehrere Kategorien Lebensaufbesserung. Auf diesen Antrag hin wurden ab November abermals 12 Pf. Teuerungszulage moralisch bewilligt. Die letzte Zulage wurde eben nur für 5 Monate, und zwar für November bis insjährige März bewilligt. Aufgabe der kurzen Arbeitszeit hatte eine sehr große Zahl arbeiter durch die letzte Teuerungszulage für die fünf Monate eine Mehrentnahme von 50 Pf., aber einen Lebensausfall von 50 Pf.! Es ist ja nun kaum anzunehmen, daß der lübische Staat auf diesen in den letzten Monaten weiter geübigen Lebensausfall preisen die bewilligte Teuerungszulage wieder in Abzug bringen wird. Die Verhältnisse zwingen die Arbeiter aber, erneute Anträge zu stellen. Die Versammlung beschloß, denn auch einstimmig einen Antrag auf erweiterte Teuerungszulage zu stellen. Die Verwaltungshäfen müssen beschließen, daß in Zukunft jeder verhinderete Arbeiter eine Teuerungszulage von 30 Pf. und jeder unverhinderter Arbeiter eine solche von 20 Pf. monatlich erhält. Die Arbeiterschaftsbüro sind beauftragt, die Anträge zu stellen. Von den Hilfsarbeitskommittäten wurde klage darunter geführt, daß ihnen nicht die Belohnung zuteil würde wie den übrigen Arbeitern. Die Hilfsarbeitskommittäten erhalten bei dieser gebundnungslosen Arbeitszeit einen Lohn von 350 Pf. pro Stunde gilt. Auch erhalten diese Arbeiter eine Teuerungszulage von nur 22 Pf. monatlich. Warum hier bei dieser doch für jeden Arbeiter gleich teuren Lebensweise noch eine Ausnahme gemacht wird, ist mit dem besten Willen nicht zu verstehen. Hoffentlich wird der lübische Staat die beiderdenen Anträge der Arbeiter erfüllen. Durch die beauftragte erweiterte Teuerungszulage wird die Mehrzahl der Staatsarbeiter ein Einkommen von 5 Pf. pro Tag erhalten. Sicherlich befreiden bei dieser großen Teuerung.

Aus den deutschen Gewerkschaften

**Der Deutsche Metallarbeiterverband**, welcher vor Kriegsbeginn über eine hohe Menge Metall- oder zähne, in natürlic durch den Krieg sehr hoch in Werteintheit gezogen, trotzdem die Metallindustrie infolge ihrer Dauerproduktion für Kriegszwecke fast ununterbrochen seit Kriegsbeginn Hochspannung hat. Nach feinen Ziffern ergeben sämtliche der Berichte am Schluß des Jahres 1915 nach § 2107 Mitglieder gegen 22765 zu Ende Dezember 1914 und 25.514 zu Beginn des Krieges. Die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder betrug im Jahre 1914: 182643, im Laufe des Jahres 1915 wurden weitere 11256 Mitglieder einberufen, so daß nunmehr 300 1915 Berichtsendglieder unter den Metallarbeitern liegen. Infolgean an diesen Zahlen ist, daß die Zahl der Eingezogenen die des Metallarbeiterkörpers von 1142 überschreift, so daß immer bei einer Entlastung des Verbandes — wenn auch in minderem Umfang — erkennbar ist. Von den am Schluß des Jahres 1915 vorhandenen 223107 Metallarbeiter waren 2431 oder 1 v. H. verloren. Das ist in der gleiche Zahl, wie er schon seit über zwei Monaten festgestellt wird. Ein Arbeitslosenunterstützung wurden seit Kriegsbeginn insgesamt 5755583 Mt. ausgezahlt. Davon entfielen allein 4810072 Mt. auf die ersten 9 Monate, während im ganzen Jahre 1915 nur 725761 Mt. zur Ausschüttung gelangten. Außerdem wurde aus dem Kriegsfonds des Verbandes weit über eine Million Mark für die Familien der kriegsdienstleistenden Mitglieder aufgewendet.

#### ◆ I Salinenarbeiter

Eine Konferenz der bayerischen Knapphafstsältesten tagte am Sonntag, den 12. März, im Hotel "Goldenes Lamm", die gut besucht war. Vertreter waren die im deutschen Bergarbeiterverband organisierten Knapphafstsältesten und die im Gemeinde- und Bergarbeiterverband organisierten Alteleiter der Saline Rosenheim. Die im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Alteleiter lehnen gegenwärtig Militärdienst. Sie waren daher an ihrem Erscheinen verhindert, weshalb sie der Bevollmeister des Deutschen Metallarbeiterverbandes vertreten. Als Gäste waren anwesend Dr. Lindau, Dr. Gen. Börel-Herbrück, von unserem Bergbauunternehmer Bösel-Munzberg und Weiß-Wandern und noch

deutschen Bergarbeiterverband der Bergarbeiter-Gehalts-Normen. Die Münsteraner wurde vom Deutschen Bergarbeiterverband eingesetzte und getrennt. Die deutsche Bergarbeitergemeinde von der Konferenz verhandelt und geladen. Sie kamen vorne auch zu, sogen aber nicht in die Verhandlung genau mit dem Bergarbeiter, sie konnten die hohen Kosten nicht tragen, zur Wahrung stand: „Stellungnahme zur Errichtung eines Reichs-Knappelschaftsvereins bzw. eines Reichs-Knappelschaftsgelebtes“ Sammelad. 26. Februar 1911. Setzte er des Deutschen Bergarbeiterverbandes, behandelte dieses Thema in eingehender Weise. Er wies auf die höheren Zulagen im Bergbau hin, und behandelte die bestehenden Verhältnisse zwischen der Bergarbeiter selbst, die ganz in ein gutes Verhältnis zu den besseren und gehobenen Arbeit eines Bergmanns stehen. Medner schrieb, wie schon in den Vor Jahren von unseligen Vorfahren die Forderung auf einen einheitlichen Knappelschaftsverein erhoben wurde, wie diese Forderung anfangs vor dem Kriege, nach der Gründung des Deutschen Reiches, verdeckt, aber keiner unveröffentlichte blieb und wie bei dieser Zeit unzweck für die Erfüllung eines Reichs-Knappelschaftsgelebtes gewahrt wurde. Vorerst kam man vor Ausbruch des Krieges in dieser Frage laubten Thesen gezeichnet. Es kamen zwar Besserungen, die aber meistens durch greifende Arbeit machten. Es bedurfte erst dieses jährlichen Meßes, um Änderungen einzutreten zu lassen. Medner schrieb die einzelnen Vereine, die sich zum Teil in Landesknapplvereine zusammen geschlossen haben. Er redachte der Zeit des Krieges und der Leidtragung dieser Vereine während des Krieges. Die vollen Einschätzungen der Kriegsfolgen sind heute noch nicht zu übersehen. In Preußen werden die Nebenausgaben der Knappelschaftsvereine, die durch den Krieg entstanden sind, auf über 60 Millionen Mark geschätzt. Diese Leidtragungen werden sich überall in allen Bundesstaaten unter den Knappelschaftsvereinen bemerkbar machen. Die größeren Knappelschaftsvereine können diese schweren Zeiten etwas leichter durchmachen. Aber die kleineren sind zur Erfüllung ihrer Leidtragungen außerstande. Soich kleinere Vereine sind auch in Bayern vorhanden, die nur eine Mitgliedszahl von 7,8, 15 Mitgliedern aufweisen. Wenn nun von diesen wenigen Mitgliedern 30 und mehr Prozent eingesetzt und 1 bis 5 auf dem Felde der Kriege verblieben, so ist ein solcher Verein einfach außerstande, die Kosten dieser aufzubringen. Medner verbreitete sich desfänger über die gegenwärtigen Verhältnisse in Bayern, wo er an der Hand von Materialien feststellte fand, daß noch der Einführung des Kriegsknappelschaftsgelebtes noch immer nicht die gewünschten Verbesserungen im Knappelschaftswesen geschafft wurden. In Bayern zu selbst wurden von den 11189 Beleggliedern diese, welche die Zahl im Jahre 1911 ergab, am 1. Dezember 1915 als zum Kriegsdienst eingezogen 6519 von den Bayerischen Knappelschaftsvereinen angegeben; davon sind 3503 krank, 3397 untaugliche Mitglieder. Gefallen sind bisher 517 Mitglieder, erheblich zahlreich durch Kriegsfolgen 31. Es darf nicht angesetzt werden, daß die Mehrzahl der Verwundeten bis heute nicht vom Militär entlassen wurden. Bis 1. Dezember 1915 haben die bayerischen Vereine an Witwen- und Waisenrente für im Felde gefallene Mitglieder den Betrag von 33.561 Ml. bezahlt, wobei 18.745 Ml. an Witwen und 11.819 Ml. an Waisen gelangten. Die vor dem Kriege, nach dem Stande vom 31. Dezember 1911, gesammten für Witwen und Waisen angewiesenen Pensionen betragen 211.470 Ml., der Anteilztagung also 11 Proz. Doch ist noch mit einer bedeutenden Erhöhung zu rechnen. Es werden die vermischten Bezeichnungen hinzutommen, deren Tod nachträglich erfestgestellt wurde. Durch die lange Dauer des Krieges, durch die vielen Strapazen im Schühengraben werden ja manche Mitglieder ihre Gruindheit einbüßen und den Hassen zur Lai fallen. Es sollte daher eben jetzt ein großes Institut gebildet werden, welches die Leidtragungen an die Knappelschaftsmitglieder sicherstellt. Medner meinte weiter, die Bildung eines Landesknapplvereins für ganz Bayern sei begünsigt, doch zählt dieser auch nur rund 14.000 Mitglieder, und es ist sehr fraglich, ob in Wirklichkeit die benötigte Besserung erreicht wird. Voraus ist, wie die Erfahrung gelebt hat, daß große Institute leistungsfähiger sind und für ihre Mitglieder segensreicher wirken können, weshalb wir auch die Forderung nach einem Reichs-Knappelschaftsverein ein erheben. Medner verbreitete sich dann noch über die Wartesitzglieder, die durch die folgenden Wartezeiten in Bayern 5 Jahre optimale großen Schaden erleiden. Rägt man all dies zusammen, so müßte nicht nur die Bergarbeiterchaft zu der Notwendigkeit und Erfüllung eines Reichs-Knappelschaftsvereins kommen, sondern auch die Landes- und Reichsbehörde die Überzeugung gewinnen, daß die Erfüllung eines solchen Vereins bzw. Gesetze nur mehr eine Krise der Zeit sein kann und recht bald eingeführt werden müsse. Wenn nun die Konferenz diese Forderung erhält, so befindet sie sich in Übereinstimmung mit allen anderen Bergarbeiter-Territorialen, die diese Forderung bereits gestellt haben. Und wir befinden uns mit dieser Forderung in guter Gesellschaft, wenn wir sie erheben, weil sie ja auch von dem Anspitzer Menz und dem Direktor Zahn der Landesverordnungsanstalt in der Art zwar gleich und nur in der Form etwas anderes gestellt wurde. Den mit großem Geschäft aufgenommenen Ausführungen des Ministerialen führt sich eine längere Diskussion in zusammenhängendem

Eine zu weit auf die nachdrückende Entfaltung einstimmig ist nicht tödlich.

„Die Schaffung eines Heeres ist unverzichtbar, ist unumgänglich und liegt ebenso im Interesse der Gewerkschaften wie der anderen Landesverbände. Der bauerliche Knappheitverein, meint er, sei einem Landessnapplikationsverein ebenso in und alle snapplikationsvereine Pioniers umgestiegen, ist aber als ein Konsortium aus snapplikationsvereinen gebildet, so dass es über Zukunft werden die so großen Verbindlichkeiten von Belegschaften und Werkezeiten vor den Gewerkschaften gebracht werden sollte. Ausgeglichen nicht garantiert. Die Zusammenfassung aller deutlichen snapplikationsvereine zu einem Reichs snapplikationsverein und die Errichtung eines Heeres snapplikations vereines kann allein gelungne Verhältnisse für die Mitglieder aller deutlichen snapplikationsvereine bringen und erwarten wir auch von dem Deutschen Reichstag wie dem Hohen Rundesrat, dass er die Hoffnung der snapplikationsmitglieder nicht zuhören lassen läßt, sondern dafür eintrete, dass die Vorarbeiten zur Gründung dieses Zusammens in Angriff genommen und ein deutsches snapplikationsverein baldigst geschaffen wird.“

### • Gerichts-Zeitung •

**Großschulden der Stadt Berlin.** Ein bei den notdürftigen Gaswerken eingeschalteter Arbeiter hatte Arbeiter aus der Fabrik zu versetzen. Dabei prallte er mit das Misserfolg, dass ihm ein schweres Arbeitshemd aus der Hand fiel und eine Schädelhöhle wurde geschaffen. Den Schaden mußte die Stadt Berlin tragen und sie wußte sich nun wieder an dem Arbeitgeber sündlos zu halten. Dieser ist zwar der Meinung, dass er an der Errichtung des Zuges zu nicht schuldig sei; aber er ließ sich bewegen, die Schädelversetzung und verpflichtete sich, dieselbe in Kosten von einer Stunde monatlich zu tilgen. Kurzlich gab der Arbeitgeber insoweit eine Abfindung mit kleinen Vergütungen die Arbeiter bei den notdürftigen Gasarbeiten auf. Nun wurde ihm sein letzter Wochentag von 11 M. nicht ausgezahlt, sondern auf seine Schädel verrechnet, die nun auf 121 M. belief. Der Arbeitgeber klage wegen Abzugang der Wiederleistung bei der Summe 3 des Gewerbegerichts. Hier ruhigt die Betriebsvertretung die Stadtverwaltung geltend, dass die Abrechnung ungerecht sei, weil der Schädel nach seinem Zahl für die ersten 10 Monate entlastend überstanden und steigergestellt wurde, ein Jahresentnahmen von 2300 M. waren worden. Als vier Monate, das Abrechnungsmonat fortgeschritten, am Pfarramt ein geschäftlich bestätigt wurde, eroberte der Stadtverwalter wieder keine Zahl der Schädel des Arbeiters. Erklärt hat es auf Antrag des Vermessers zu einem Vergleich, wenn der Magistrat keinen neuen Wochentag von 11 M. zahlt, auf den Mon verrechnet, möchte die Stadt Berlin die Zahl der Schädel zufüllen. Nun entlastet wird in den nächsten Betrieben das Gewerbeamt, dass es richtig entschieden werden?

### • Rundschau •

**Urtaub!** Rudes Schönres gibt es für einen Soldaten, mehr für Ladenbesitzer für ein Streicherwerk. Die Bande, die die liebenden Menschen so unangemessen, so tot der Krieg zerstören und nun nur der Urtaub wichtiger für kurze Zeit das einmal wieder holen, das das einzige Zusammenleben des Friedens dem Herzen gebreitet: Freiheit, Erholung, Glück. Wie kann sich ein fühlendes Herz nicht unendlich freuen, wenn es heißt: Urtaub. Und wenn er dann wie oft dann die Stunden, die Tage döhn. Alzu schnell und so schnell in die schwere Zeit zu Ende, ohne dass man weiß, wo sie hinzuführen. Aber so ist es jetzt mit den Tagen des Glücks. Doch anders aber ist es doch im Alltagsleben, wie anders in der Freiheit des Berufs. Da löst die harte Arbeit die Stunden die jetzt langsam vereinen, da in der Arbeitstage oft eine Ewigkeit sind maximal? Weil das Herz unberedigt bleibt, weil die Arbeit ruhern ist und ihr die Seele fehlt, die Seele, die der Arbeit gewohnt wird durch die Freude an schönen Arbeitsergebnissen, an guter Ausbildung und durch die Liebe zu der betreibenden Arbeit. Ein Mensch, der zu langer Arbeitsergebnissen gewohnt wird, zur Arbeit in Menschen und unfähigen Künsten, zu einer Arbeit, die keinen Ausdruck und Ausdrücken nicht entspricht, jodt ein Mensch dann oft und immer in einer Arbeit etwas von Seele finden und kommt nie und niemals Befriedigung. Dagegen ideieren von die Toten sind und schwer und seine Arbeitszeit in ihm niemals eine stille Zeit des stills. Würde es nicht anders sein? Sollte es unmöglich sein, dass der Mensch wie ein Herz und berührtes Seelen das Leben geht? Das wahrhaftig nicht. Bei rechter Erinnerung der Lebensordnung kann jeder auf ihrem Platz mit Liebe seine Arbeit verteidigen, ist es möglich, die

derart zu erhalten, die Nahr' kann zu machen und das Bedürfnis den Menschen zu überleben, ohne dadurch die Arbeitsmächtigkeit zu verfehlern. Zum zweck auch das Arbeitsleben zu leicht sein und im Blut und Zufriedenheit würden die Stunden zu erreichen, oft auch schnell. Wie ein schöner edler Rauch ist die Urlaubsszeit. Eine schöne Zeit könnte auch das ganze Arbeitsleben sein, wenn auch in ihm, wie in der Urlaubsszeit, das Herz zu einem steten Fluss, wenn der ganze innere deutende und fühlende Mensch bei seiner Arbeit wäre und nicht nur die Hand. Die Urlaubsszeit vermag uns so recht zu zeigen, was die Seele zu wofür vermag. Und darum muss sie auch unserem Arbeitsleben seinen höheren Gehalt geben. Wie es heute ist, ist es meist so, ob und soll. Ist die neue Einstellung gibt ihm Seele und damit dem Menschen tiefermerkliches Glück.

**Auf Bahnhöfen.** Zill ist's im ebenerdigen Untergrund der Station geworden. Ich übe beim Schein der summierenden Petrolflamme am Tisch und hänge meinen Gedanken nach. Hinter den Vorhängen aus Zeltbahnen tönen leise die Stimmen der lädierten Wachtmeisterhaften. Hin und wieder wird die Stille unterbrochen. Ein Zug rollt vorbei, das Gebäude mit einem weichen Zittern erschauend. Langsam rückt der Zeiger der abspürdenden Pendeluhr, die ein fremdbildner Bauteil aus dem nahen Dorfe der Stadt gesperrt hat, aus Richtung nach. Es wird Zeit zum Abschiedsamt. Ich trete aus dem Bahnhof hinab. Ziedmutter Rosen, mein Stern ist am Himmel zu erkennen. Ein paar Schritte, ich stehe auf freier Strecke, und die Welt ist umringt und die Welt peitscht mir die Füße ins Gesicht. Die Luft nimmt in wilden Atemzügen. In den Telegraphenstränden neben mir steht und füllt es. Vielleicht sind's nur wenige Worte? Aber so unzählreich und schwer! Und Lungen von Menschen bereiten ist in den nächsten Stunden Schauspiel. Das Riesenauge des Herzen hat gesucht —! Und aus den Brüsten erheben sich tausend Leiber zum Sterben! Ich laufe die Gleise entlang. Du jämmerlich, schlaffer Träume, einst trugst du in Friedenszeiten auch so manches liebe Wort aus einer Seele in die andere . . . Und jetzt trach da, Eisen ist's, Worte von eiserner Schwere in dir. Unter den Brüden rennt der Zug von den Menschenmassen zu seinem, ganzjährigen Schwarm getrieben. Und verlässt draußen in der überzähligszahligen Dämmerung als schwankendes Band. Trüben, hinter dem dunklen Schatten der Bahn flamm't ein leuchtender Schein empor. Das Licht der Arbeit breitet seine Fäuste in die Raum. Aus den dunklen Zäkten, aus den Erdrinnen faust das Erz. Zitternd bandt es seinen Leib an mich an, alßt noch einsam in summierendem Leben und verlässt wieder das Tantze. Wohl aus der Seele ein dumpfes Brüllen. So ist der albläufige Atem zur grausamen Masse der Söhne geworden! Begeht mir's haben, rauschdrückend! Griff Gattung beim Schenke: Mannesdonner . . . Der Wind legt über den ungehinderten Raum, der Regen strömt. Und alles fleht zusammen zu einem einzigen Gangen: „Gefang der Nacht. Halt, wie daß!“ Schaur' Hirn's aus dem Dunkel entgegen. „Aland!“ Während ich mit dem Polen am Ende der Gleise stehe, schiebt sich langsam im graulichen Zwischenraum ein glühendes Vierterpaar aus der Ferne heran. Der Zug bricht vorbei. Hinter den hellen Fensterrahmen lugt die Menschen, mutig und ängstlich. Jenseitem Ziel zuirend. Scheinbar Herr in der Bestimmung dieses Ziels. Gladtließe Menschen! . . . Hören im Bunde schlägt das Herz seines treuen Sohnes. Tanrende wachen, dass dieser Sohn ein friedvoller sei. Vorher ist das liegende Liebhaber. Ich schaue ihm nach und weiter ein dritter, viertter. Schätzende Waben! Der Gefang, der mir mich droht, bat neuen Mantel erhalten. „S' mir gegönkt, du großer Gott der Zeit! Organisation ist dein Name. Eine Zähnezähne sind weit über des Kriegs' wirrworfes Wesen. Ned ihm zum Lege spielt hier das Leben seine alte Melodie weiter. Zug auf Zug rollt hier vorbei, mit den Urdäkken der Erde beladen, mit Gütern, die tätige deutsche Hand schuf. Dinein ins Land, hinaus zur Grenze, hin und her wogt es. Und dort vorne der Krieg . . .

**Die deutsche organisierte Arbeiterschaft leidet Grossartiges im Kriege!** Wir wollen keine nicht von den umgebetteten Zeitungen unserer Feldgruppen berichten, die allgemein, wenigstens heute noch, außerstande werden. Wie meinen die finanziellen Leistungen der Organisationen hinter der Front für die zufließenden Familien der ins Feld Bezogenen. Dafür bringen alle gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen geradezu hauptsächliche Opfer. So hat der Verband der deutschen Baudrucker z. B. von Kriegsbeginn an bis Ende Dezember 1915 6.381 107 M. an Unterstützungsgegenden ausgezahlt, davon an Familieneunterstützung aus Frau und örtlichen Massen allein 1.006 125 M. Aber so groß auch diese Opfer sind, sie bedeuten einen Brundteil dessen, was nach dem Kriege notwendig sein wird für die Familien, deren Einkommen die Heimat nicht wiederherstellen. Hier zu helfen, in die Volksfürsorge Kriegsversicherungsanstalt bestimmt, bei der alle Kriegsteilnehmer berücksichtigt werden sollten. Diese Notwendigkeit wird dringend erweisen durch die Zahl der Opfer, die der Krieg erfordert. Von den 11.611 organisierten Baudruckern, die zum Heeresdienst eingezogen wurden, waren am 31. Dezember 1915 3281 als gefallen

♦ Eingegangene Schriften und Bücher ♦

„Die Beziehungen im eine wissenschaftliche Annahme“ Deutsches und Österreichs Blatt für Sozialdemokratie Berlin 1916, 65, in seinem das Protokoll des Verbandes jene. Wirtschaftskonferenz zusammen, die am 9. Januar d. J. im Reichstag gescheute unter dem Vorit von 125 Vertretern der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen des Sozialdemokratischen Deutschen und Österreichischen abgehalten wurde. Die wichtigsten Themen aus dem Rahmen der Sozialdemokratie der mitteldeutschsprachigen Staaten auf dem Plane in sein, wenn die Bourgeoisie daran geht, ein neues politisches und wirtschaftliches Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen, dann es handelt sich darum zu verhindern, daß höhere Zölle und monopoliäre Erhöhungsräume geschaffen werden, die auf Kosten der Arbeiterschaft nichts anderes bedeuten würden als die Bourgeoisie zu verschonen. In zwei eindrucksvollen Referaten wurden von Karl Renner und Heinrich Conow die gesellschaftliche Bedeutung und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der handelspolitischen Annäherung betont. Die Referate werden durch ihre artlichen Gedankenpunkte auf der Tagesordnung der weiteren Auseinandersetzungen über die seit Jahr und Tag in Konferenzen und in Druckschriften behandelten Fragen bleiben. Sie sind der Anfang zu den Verhandlungen und Entscheidungen, die schließlich auf sozialdemokratischen Parteitagen festgesetzt werden. Zu der Wirtschaftskonferenz vom 9. Januar gaben sie zu einer Debatte Anlaß, an der von deutscher Seite Robert Schmidt, Vodewort, Hoch. Gedenktag, C. Meyer, Moltkebuch, David, von österreichischer Seite Viktor Adler, Ehrenbogen, Zeig, Renner teilnahmen. Auch diese Debauereden sind nach dem Tengogramm in der Protokollsschrift zum Abrund gebracht. Bei einem Umfang von 56 Druckseiten Protokollformat steht die Zeitschrift 1 M. zu beziehen; ist sie durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

**Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, del Pâtre zum Studium der französischen, italienischen und deutschen Sprache. — Tiefe Kenntnissen, deren erste soeben den 23. Jahrgang antritt, machen sich zur Ausgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkommnisse davon vorhanden sind, auf interessante und unbeschreibliche Weise weiterzuführen. Sie dem Nutzern nebenstehende genaue Übersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortdruck vermehrt und die Benützlichkeit in der Wiedergabe des Timmer erkennt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchaus endgültigen Erzählung mannigfaltigen Lese- und Lehrstoff, Gebräude, laufmannische Briefe, Übersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Brief-, Postkarten- und Zeitungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudium beschäftigt, dem seien diese überall gut eingebütteln und bekannten Planer mit das Wahrne empfohlen. — Broschüren für Französisch, Englisch oder Italienisch kostlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).**

Verlag: Ja Bezeichnung des Verbandes des Sozialdemokratischen und österreichischen Wirtschafts- und Politischen Instituts vom 1. September 1916. Berlin SW. 65, Lindenplatz 3. Verkauf: Bücherei und Verlagsamt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 65, Lindenplatz 3.

Totenliste des Verbandes.

**Xaver Graf, München**

Theaterleiter  
† 13. 3. 1916, 69 Jahre alt.

**Johann Herzel, Mannheim**  
Werkstattarbeiter  
† im Alter von 38 Jahren.

**H. A. Haase, Chemnitz**  
Kavalier  
† 10. 3. 1916, 62 Jahre alt.

**Erich Köpke, Berlin**  
Parlamentarier  
† 13. 3. 1916, 66 Jahre alt.

**Karl Müller, Langensalza**

Gasarbeiter  
† 9. 3. 1916, 49 Jahre alt.

**Franz Osm. Unger, Dresden**  
Arbeiter (elektrograt werkt)  
† 12. 3. 1916, 49 Jahre alt.

**Franz Scherer, Straßburg, i. F.**

Gasarbeiter  
† 11. 3. 1916, 37 Jahre alt.

**Otto Schulz, Magdeburg**  
Gasarbeiter  
† 14. 3. 1916, 58 Jahre alt.



**Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:**

**Franz Bing, Mannheim**  
am 31. Jan. 1916 im Alter von 28 Jahren gefallen.

**Karl Hagner, Mannheim**  
Theaterarbeiter, im Alter von 30 Jahren gefallen.

**Friedrich Krauß, Mannheim**  
am 25. Dezember 1915 im Alter von 33 Jahren gefallen.

**Arthur Krause, Berlin**  
Maler, am 17. Februar 1916 im Alter von 34 Jahren gefallen.

**Gustav Koop, Rostock**  
am 1. März 1916 im Alter von 37 Jahren bei Verdun gefallen.

**Paul Woelm, Berlin**  
Gasarbeiter, im Alter von 22 Jahren gefallen.

**Ehre ihrem Andenken!**

**Georg König, Brake i. Old.**  
am 25. September 1915 im Alter von 23 Jahren gefallen.

**David Mayer, Mannheim**  
Gasarbeiter, im Alter von 46 Jahren gefallen.

**Heinrich Schäfer, Giessen**  
am 11. August 1915 im Alter von 33 Jahren im Lazarett gestorben.

**Johann Spanner, Nürnberg**  
am 18. September 1914 im Alter von 39 Jahren in fr. Gef. gestorben.

**Berth. Wittich, Frankf. a. M.**  
am 7. März 1916 im Alter von 41 Jahren im Westen gefallen.